



Markgräflerland will Güterzüge nur in Tieflage ☆

Kritik am Bahnausbau

BAD KROZINGEN (amp). Es sind drei unbequeme Tage für die Bahnplaner: In Hausen an der Möhlin, einem Ortsteil von Bad Krozingen, findet seit Montag die Erörterung ihrer Pläne für die Güterbahntrasse durchs nördliche Markgräflerland statt. Sehr früh ist in dieser ländlichen Region schon Protest laut geworden gegen die neue Strecke, die Teil des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn ist. In der Bürgerinitiative MUT (Abkürzung für "Mensch und Umwelt schonende DB-Trasse") hat der geballte Unmut ein mächtiges Sprachrohr gefunden.

So mächtig, dass das Regierungspräsidium Freiburg, das das Genehmigungsverfahren für den Bahnausbau betreut, MUT heute den ganzen Tag zur Darstellung ihrer Alternativpläne vorbehalten hat. Die Vertreter der Bahn müssen zuhören, dann können sie ihre Kritik äußern.

Mit Beifall dürfen sie dabei nicht rechnen: Die Dorf- und Turnhalle ist fest in der Hand der Menschen, die die Planung der Bahn ablehnen. Stattdessen fordern sie mit MUT, die neuen Gleise so tief in der Erde verschwinden zu lassen, dass man problemlos einen Deckel drüber schieben kann. Auf diese Weise, so die Hoffnung der Anlieger der Bahntrasse, werden sie vom Lärm der vor allem nachts fahrenden Güterzüge verschont.

Mit Trillerpfeifen gegen die Bahnpläne

Die Menschen in Hausen wissen, was Lärm ist: Direkt am Dorfrand tobt die Autobahn vorbei. Aber die Bewohner des Markgräflerlands können auch selbst Lärm machen — nämlich wenn ihnen in der Halle die Bahnvertreter Planungen vortragen, die ihnen nicht passen: Mit Trillerpfeifen und Buhrufen zeigen sie ihren Zorn, selbst wenn es nur um Fahrwege für den Baustellenverkehr geht.

Was die Region will, das haben am gestrigen Vormittag die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden verdeutlicht: Weg mit der Planung der Bahn, die die Gleise zwischen Mengen und Buggingen weitgehend oberirdisch verlegen möchte, her mit der sogenannten Bürgertrasse, die auf eine durchgehende Tieflage hinausläuft. Diese Lösung wird mehr kosten — und es ist eine Aufgabe der derzeitigen Erörterung, die Machbarkeit und auch die Kosten dieser Alternative auszuloten. Den Beteiligten ist klar, dass alles auf eine politische Lösung abzielt: Bund und Land sollen sich bereit erklären, die Mehrkosten der Wunschplanung zu übernehmen. Die seit Montag laufende Erörterung dient deshalb auch dazu, für dieses Ziel Argumente zu sammeln.